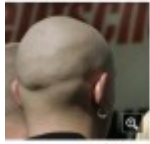


# DIE WELT bastelt sich „Rechtsextreme“

## Rechte Partei verklagt die Stadt München

Die rechtspopulistische Partei „Die Freiheit“ zeigt in München in der Stadtverwaltung. Jetzt zieht sie gegen die Stadt München vor Gericht, um die Stadt für die angeblich zu viele Auflagen gemacht zu haben.



Das Verwaltungsgericht München hat über eine Klage des bayerischen Landesverbands der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ gegen die Stadt München entschieden. Es geht dabei um Auflagen bei öffentlichen Versammlungen gegen den Hintergrund.

Die Ministerpartei bezeichnet sich als Bürgerrechtspartei. Im bayrischen Verfassungsschutzbericht 2012 wurde sie als verfassungsfremd eingestuft.

Die Partei „Die Freiheit“ wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Sie gilt als rechtsextrem.

Dieser Artikel von WELT online strotzt nur so vor Falschbehauptungen. Das geht beim Titelbild los: Im dpa-Fotoarchiv hat sich der Springer-„Qualitätsjournalist“ unter Symbolbildern von Neonazis eines ausgesucht und schiebt die gewünschten Glatzköpfe einfach so der bürgerlichen Partei DIE FREIHEIT unter. Dann behauptet er wahrheitswidrig, DIE FREIHEIT stünde im Verfassungsschutzbericht 2012, sei „rechtsextrem“ und „verfassungsfremd“. Diese Schmiererei hat nicht einmal mehr ansatzweise etwas mit Journalismus zu tun, sondern ist nur noch politische Kampfpropaganda im DDR-Stil des „Neuen Deutschland“ und einer Zeitung wie der WELT eigentlich unwürdig.

(Von Michael Stürzenberger)

So richtig scheint der WELT-Schreiberling dann aber doch nicht zu wissen, wie er DIE FREIHEIT genau verorten soll. In der Überschrift heißt es „Rechte Partei verklagt die Stadt München“, in der Unterzeile wird daraus „rechtspopulistisch“ und in der Bildunterschrift schließlich „rechtsextrem“:

*Die Partei „die Freiheit“ wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Sie gilt als rechtsextrem*

Erster Fehler: Nicht die gesamte Partei wird beobachtet, sondern nur der Landesverband Bayern. Zweiter Fehler: In der Pressemitteilung des Bayerischen Innenministeriums vom

12.04.2013 wird ausdrücklich dargestellt, dass sich DIE FREIHEIT „außerhalb des Rechtsextremismus“ bewegt:

*Auch außerhalb des Rechtsextremismus hat sich eine Islamfeindlichkeit entwickelt, die für den Verfassungsschutz von Bedeutung und daher in dessen Blickfeld ist. Der Innenminister: „In Bayern betrifft das den bayerischen Landesverband der Partei ‚DIE FREIHEIT‘ und die Ortsgruppe München von ‚Politically Incorrect‘ (PI). Ihre Aktivitäten zielen unter anderem darauf ab, pauschale Ängste vor Muslimen zu schüren und sie aufgrund ihres Glaubens als Feinde des Rechtsstaates zu verunglimpfen. Dadurch werden die Religionsfreiheit, die Menschenwürde und der Gleichbehandlungsgrundsatz als Kernbestandteile unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung verletzt.“ Deswegen hat der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz den Kreis der Beobachtungsobjekte erweitert und die Beobachtung des Landesverbandes Bayern von ‚DIE FREIHEIT‘ und der PI-Ortsgruppe München angeordnet.*

DIE FREIHEIT Bayern geht gegen diese Verfassungsschutzbeobachtung im Übrigen juristisch vor, da die aufgestellten Behauptungen unhaltbar sind. Unsere Aufklärung richtet sich nicht gegen Menschen, sondern gegen die ideologischen Grundsätze des Islams. Hierbei wurden noch nie Muslime „pauschal verunglimpft“. Und es ist ja geradezu eine perverse Verdrehung der Realität, wenn eine Partei, die den Rechtsstaat vor der Bedrohung durch eine totalitäre verfassungsfeindliche Ideologie schützen möchte, selber in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit gerückt wird. Aber es kommt noch besser. Die WELT faselt:

*Im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2012 wurde sie als verfassungsfeindlich eingestuft.*

Hier handelt es sich um eine glatte Verleumdung. Die Partei „Die Freiheit“ wird im Verfassungsschutzbericht 2012 mit

keinem Wort erwähnt. Weiter in Münchhausens Geschichten aus der WELT:

*Außerdem ging es um ein Verbot von Porträtaufnahmen bei den durchschnittlich zwei Kundgebungen pro Woche.*

Falsch. Das Münchner Kreisverwaltungsreferat hat den Teilnehmern der FREIHEIT-Kundgebungen vielmehr ein komplettes Fotografier- und Filmverbot der Gegendemonstranten auferlegt. Dies stellt eine Beschneidung der grundgesetzlich garantierten Informationsbeschaffungsfreiheit von unbescholtenen Bürgern dar, indem diesen beispielsweise auch verboten wird, Übersichtsfotos von den Gegendemonstranten anzufertigen. Außerdem stellt dieses Verbot eine Verletzung der grundgesetzlich garantierten Gleichbehandlung der Bürger dar, indem es opponierenden Versammlungsteilnehmern nicht auferlegt wurde.

In dem Artikel „Niederlage für Islamgegner Stürzenberger“ der Süddeutschen Zeitung ist das Urteil dargestellt. Dort wird DIE FREIHEIT immerhin als „rechtspopulistisch“ bezeichnet.



*Stürzenberger hält die Einschränkungen für rechtswidrig. Er*

*selbst würde auch gerne in „angenehmer Lautstärke“ sprechen, erklärte er vor Gericht. Da er von Gegendemonstranten aber regelmäßig „niedergeschrien“ werde und die Polizei dies dulde, sei er gezwungen, laut zu werden.*

*Heftig diskutiert wurde das Fotografierverbot. Seit vielen Monaten finden sich Fotos und Filme von Gegendemonstranten auf einschlägigen, islamfeindlichen Internetseiten. Stürzenberger argumentierte vor allem gegen das Verbot, Politiker, die bei seinen Kundgebungen mit ihm diskutierten, oder angebliche Störer zu fotografieren. Dies müsse er dokumentieren dürfen.*

*Die Stadt hielt dem das Persönlichkeitsrecht der Abgebildeten, darunter viele Nicht-Prominente, entgegen und die Sorge von Gegendemonstranten. Sie müssten fürchten, im Bild und mit diffamierenden Kommentaren im Netz bloßgestellt zu werden.*

DIE FREIHEIT Bayern ist selbstverständlich gegen das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtes in Berufung gegangen. Wenn Islam-Aufklärer in ihren Rechten eingeschränkt werden, damit sich linksextreme und moslemische Gegner ungestört austoben können, läuft etwas massiv falsch in der bayerischen Landeshauptstadt. Es geht buchstäblich um unsere Freiheit.

Heute geht eine Pressemitteilung an die DPA, die WELT und die anderen deutschen Journalisten, damit sie reelle Fotos verwenden, wenn es um DIE FREIHEIT Bayern geht, und sich nicht aus den fiktiven Archivbildern von irgendwelchen Neonazis bedienen. Hier beispielsweise aktuelle Bilder der letzten Kundgebung am Münchner Stachus von gefährlichen „Rechtsextremen“, bei denen Besucher aus Ägypten, Iran, Irak, Türkei, Spanien und der Schweiz gerne Reden gehalten und uns mit Informationen versorgt haben:









*(Fotos: Roland Heinrich)*